

Antrag

der **AfD-Fraktion**

Thema: **Schild-und-Schwert-Festival in Ostritz**

Der Landtag möge beschließen,

I.

die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag ausführlich über den Polizeieinsatz sowie Straftaten im Rahmen des Schild-und-Schwert-Festivals in Ostritz vom 20.04. bis 22.04.2018 zu berichten und insbesondere darzulegen,

1. welche Veranstaltungen der Gegendemonstranten zum Festival vom Freistaat Sachsen jeweils mit wie viel Geld unterstützt wurden und aus welchem Haushaltstitel die Zahlungen erfolgten,
2. wie viele Teilnehmer bei den jeweiligen Veranstaltungen insgesamt anwesend waren,
3. wie hoch die Kosten des Polizeieinsatzes zur Absicherung und Kontrolle des Festivals einerseits sowie der entsprechenden Gegendemonstrationen andererseits waren,
4. wie viele Beamte an dem Einsatz zu Ziffer 2. beteiligt waren und aus welchen Bundesländern diese jeweils stammten,
5. welche Straftaten die Polizei im Zusammenhang mit dem Einsatz zu Ziffer 2 festgestellt hat und wie hoch die Anzahl der jeweiligen Delikte war,
6. wie viele Straftäter die unter Ziffer 4. genannten Straftaten begangen haben,

Dresden, 25.05.2018

Jörg Urban, MdL und Fraktion
i.V. André Barth, MdL

AfD-Fraktion



Unterzeichner: André Barth
Datum: 25.05.2018

7. ob die unter Ziffer 5. genannten Straftäter einem politischen Spektrum zuzuordnen sind, insbesondere dem links- und rechtsextremen Spektrum und wie hoch die Anzahl der Straftäter jeweils ist,
8. ob und auf welche Weise eine Zusammenarbeit der Polizei des Freistaats Sachsen mit Beamten der polnischen und tschechischen Polizei während des Festivals erfolgte,
9. wie viele Beamte der polnischen und tschechischen Polizei im Führungsstab der Polizei des Freistaats Sachsen während des Festivals gearbeitet haben,
10. wie viele Personen / Straftäter vor und während des Festivals an der Einreise nach Deutschland bereits auf tschechischer und polnischer Seite gehindert wurden,
11. wie die Staatsregierung die Zusammenarbeit zwischen der Polizei des Freistaates Sachsen und der tschechischen und polnischen Polizei während des Festivals beurteilt,
12. wie viele Straftaten die Polizei bei Gelegenheit oder aus Anlass des Festivals festgestellt hat, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Festival oder dessen Besuchern stehen,
13. welche Resonanzstraftaten in Sachsen in Bezug auf die Veranstaltungen in Ostritz festgestellt worden sind und welcher PMK in welchem Ort sie jeweils zugerechnet werden,
14. auf welchen medialen Wegen allgemein und speziell auf welchen Internetseiten die Mobilisierung der jeweiligen politischen Lager stattgefunden hat.

Begründung:

I.

Organisator des Neonazi-Festivals vom 20.04.-22.04.2018 war Torsten Heise, ein NPD-Funktionär aus Thüringen. Das Datum dürfte keinesfalls zufällig gewählt sein, ist doch der 20.04. der Geburtstag Adolf Hitlers. Inhalt des Festivals war die Propagierung rechtsextremer Ideologie, wenngleich Angebote zu Musik, Tattoos und Sport vordergründig etwas anders vermitteln sollten. Der Landesverfassungsschutz schätzte ein, dass es Heise darum ging, die NPD gegen Konkurrenz wie den „III. Weg“ zu profilieren. Der politische Teil der Veranstaltung ist als Versammlung angemeldet und unter einer Reihe von Auflagen zugelassen.

Das Festival blieb nicht unwiderrprochen, mindestens 5 Gegenkundgebungen wurden angemeldet. Örtliche Akteure, der Landkreis Görlitz, der Jugendring Oberlausitz und andere organisierten ein Friedensfest in Ostritz. Als Schirmherr fungierte der Ministerpräsident Sachsen, Michael Kretschmer. Ein Bündnis linksradikaler und linksextremer antifaschistischer Gruppen und Personen kündigte die Initiative „Rechts rockt nicht“ an und versprach eine „hör- und sichtbare Antwort“ auf das Festival. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schließlich rief zum „Radeln gegen rechts“ nach Ostritz auf.

Aufgabe der Polizei war es, neben der Einhaltung der Auflagen sicherzustellen, dass die unterschiedlichen Lager getrennt bleiben. Die Teilnehmer des Festivals wurden medial auf 1.000 beziffert, während sich beim Friedensfest 3.000 Personen versammelt haben sollen. Konflikte beschränkten sich nach Angaben der Polizei im Wesentlichen auf verbale

Auseinandersetzungen. Zudem stellte die Polizei mehrfach Verstöße gegen das Verbot des Tragens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen fest.

II.

Zunächst soll festgestellt werden, inwieweit der Freistaat Sachsen sich in finanzieller Hinsicht an den Veranstaltungen beteiligt hat. Mit der Übernahme der Schirmherrschaft durch den Ministerpräsidenten sollte ein politisches Signal gesetzt werden.

Hieraus folgend musste auch aufgrund der erhöhten Anzahl der Gegendemonstranten der Polizeieinsatz erheblich ausgeweitet werden. Die Presse sprach von mehreren Hundertschaften der Bereitschaftspolizei aus verschiedenen Bundesländern sowie der Einbindung der Polizei der Nachbarländer Polen und Tschechien. Dabei interessiert die Arbeit der Polizei der Nachbarländer sowohl im Vorfeld auf eigenem Territorium als auch die Einbindung der ausländischen Polizei in den Führungsstab der Polizei des Freistaates Sachsen.